

Schulgeld: SoVD fordert auch die Befreiung von Heilerziehungspflegern

Neue Richtlinie geht nicht weit genug

Bislang mussten diejenigen, die Logopäden, Ergotherapeuten, Physiotherapeuten oder Podologen werden wollten, ihre Ausbildung selbst bezahlen. Für viele bedeutete dies Kosten von bis zu 400 Euro monatlich. Eine Richtlinie der Landesregierung sieht jetzt vor, das Schulgeld abzuschaffen. Dem SoVD in Niedersachsen geht das allerdings nicht weit genug. Er fordert auch die Schulgeldfreiheit für Heilerziehungspfleger.

Nachdem das Schulgeld für Auszubildende in der Altenpflege bereits 2014 abgeschafft wurde, müssen angehende Logopäden, Ergotherapeuten, Physiotherapeuten und Podologen laut einer Richtlinie der Niedersächsischen Landesregierung ab dem 1. August 2019 ihre Ausbildung eben-

falls nicht mehr aus eigener Tasche bezahlen.

„In Zeiten des Fachkräftemangels ist das ein richtiger Schritt“, sagt der SoVD-Landesvorsitzende Adolf Bauer. Ein Wermutstropfen sei allerdings, dass nur diejenigen befreit würden, die jetzt ihre Ausbildung beginnen. „An diesem Punkt sollte die Regierung – trotz haushalterischer Bedenken – noch mal nachbessern“, fordert Bauer.

Beim Thema Schulgeldfreiheit dürfen aus Sicht des SoVD außerdem die Heilerziehungspfleger nicht weiter außen vor gelassen werden. Sie sind Fachkräfte für Teilhabe, Bildung und Pflege und begleiten Menschen mit Behinderung, die besondere Unterstützung benötigen – zum Beispiel als Integrationshelfer an Regelschulen,



Ausbildung ohne draufzuzahlen: Der SoVD macht sich dafür stark, dass die Schulgeldfreiheit künftig auch für Heilerziehungspfleger gilt. Foto: Barbara Dräger

in der Frühförderung oder in der Kinder- und Jugendpsychiatrie.

„Insbesondere beim Thema Inklusion wird immer

wieder deutlich, dass in den Schulen entsprechend ausgebildetes Personal fehlt. Deshalb sollte die Landesregierung alles tun, um

Nachwuchs zu finden“, so der SoVD-Chef. Das Schulgeld auch in diesem Bereich abzuschaffen, wäre eine erste Maßnahme.

Debatte um neue gesetzliche Regelung

Zu wenig Organspender in Deutschland

Widerspruchslösung oder aktive Zustimmung? Die Meinungen in der aktuellen politischen Debatte um das Organspenderecht gehen weit auseinander. Fakt ist, dass es in Deutschland zu wenig Organspender gibt. Der SoVD in Niedersachsen macht sich deshalb dafür stark, dass sich möglichst viele Menschen mit dem Thema auseinandersetzen

und eine Entscheidung treffen.

Rund 9.500 Menschen stehen in Deutschland auf der Warteliste für ein Spenderorgan, so die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung. Drei von ihnen sterben im Schnitt – pro Tag. Bundesweit gab es 2018 nur 955 Organspender. Im Vergleich zum historischen Tief im Vorjahr

ist das zwar ein Anstieg um knapp 20 Prozent, aber immer noch viel zu wenig.

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn will dem Problem jetzt mit einer Widerspruchslösung begegnen. Danach sollen Menschen künftig nicht mehr ihr Einverständnis geben müssen, um nach dem Tod Spender zu sein. Wer nicht spenden will, müsste dann aktiv widersprechen. Doch der Gesetzentwurf ist stark umstritten: Gegner sehen darin einen zu tiefen Eingriff in die Grundrechte und verlangen weiterhin die Zustimmung der Spender.

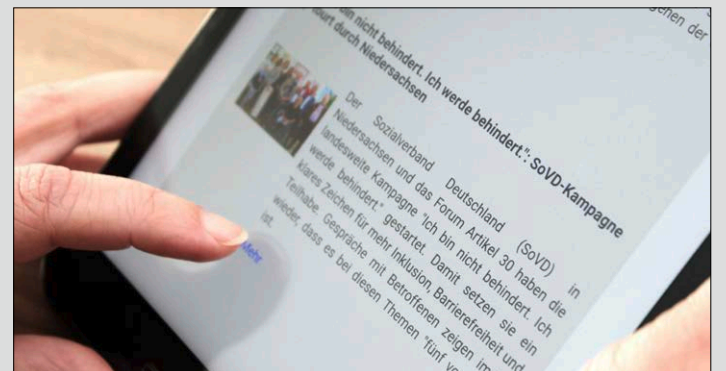
Der SoVD in Niedersachsen will dabei helfen, dass möglichst viele Menschen die Chance auf ein lebensrettendes Spenderorgan erhalten. Unter www.sovd-nds.de (Bereich Service/Publikationen) steht dazu ein Info-Flyer bereit, der auch einen Organspendeausweis enthält.



Kann Menschenleben retten: ein Organspendeausweis – zu finden unter anderem im Info-Flyer des SoVD in Niedersachsen. Foto: Stefanie Jäkel

„SoVD-Notizblock“: Infos per E-Mail

Jetzt Newsletter abonnieren!



Digitales Angebot: Der „SoVD-Notizblock“ hält seine Leser auf dem Laufenden. Foto: Christian Winter

Viel Wissenswertes rund um Rente, Pflege, Behinderung, Gesundheit und Hartz IV: Das bietet einmal im Quartal der E-Mail-Newsletter „SoVD-Notizblock“.

Mit dem elektronischen Angebot informiert der SoVD in Niedersachsen seine Mitglieder regelmäßig über die neuesten sozialpolitischen Entwicklungen und stellt aktuelle Beratungsfälle aus den landesweit rund 60 SoVD-Beratungszentren vor. Dazu gibt es Nach-

richten aus den niedersächsischen SoVD-Regionen sowie spannende Buch- und Film-Tipps.

Neugierig geworden? Dann registrieren Sie sich doch gleich für den kostenlosen Newsletter. So wird's gemacht: Gehen Sie auf die Internetseite www.sovd-nds.de und wählen Sie im Bereich Service den Menüpunkt Newsletter aus. Dort geben Sie einfach Ihren Namen und Ihre E-Mail-Adresse ein und verpassen ab sofort keine Ausgabe mehr.